

FREI, AUFREGEND, UNBEQUEM,
SOZIALISTISCH: TAUFRI SCH.

FAUST

Newsletter des Juso-Bezirks Braunschweig · Nov. 2008



Neues aus der Asse

— mehr dazu auf Seite zwei.

aktuelles Thema

Leiharbeit

— mehr dazu auf Seite drei.

90 Jahre Frauenwahlrecht - Wir haben die Wahl

Seit um 1848 erstmals aktive Feministinnen mit der Organisation von Frauenvereinen und Frauenzeitschriften eine neue gemeinschaftliche Bewegung von Frauen begründeten, rückte das Thema Gleichstellung immer stärker in das politische Blickfeld.

Bis vor 100 Jahren (1908) waren Frauen nach Vereinsrecht die Mitarbeit und Mitgliedschaft in politischen Parteien untersagt. Die SPD gab den Frauen jedoch durch Sonderregelungen die Möglichkeit, sich in der Partei zu organisieren, bis die politische Organisation von Frauen 1908 erlaubt wurde.

Bereits 1907 gründeten Frauen die sozialistische Fraueninternationale mit Clara Zetkin an ihrer Spitze und forderten „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“.

Diese Forderung konnte nach einem langen Kampf im Zuge der Novemberrevolution vor 90 Jahren verwirklicht werden: Am 12. November 1918 erlangten die deutschen Frauen das aktive und passive Wahlrecht.

Und so kam es, dass die Sozialdemokratin Marie Juchacz am 19. Februar 1919 als erste Frau im deutschen Parlament sprach:

„Ich möchte hier feststellen..., dass wir deutschen Frauen dieser Regierung nicht etwa in dem althergebrachten Sinne Dank schuldig sind. Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: Sie hat den

Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist“.

Doch trotz der ersten Erfolge in Ihrer Bewegung mussten Frauen weiter für das Ziel „Gleichstellung von Frau und Mann“ kämpfen. So wurden unter anderem 1955 „Frauenlöhne“ als verfassungswidrig erklärt.

Wir Jusos sind der Meinung, dass es sich weiterhin zu kämpfen lohnt: Obwohl Frauen und Männer seit 1949 per Gesetz gleichberechtigt sind, ist auch heute noch keine wirkliche Gleichstellung erreicht:

- Trotz durchschnittlich besserer Schul- und Universitätsabschlüsse haben Frauen schlechtere Berufsmöglichkeiten und auch meist schlechtere Gehälter als ihre männlichen Kollegen.

- In den Familien sind es meistens Frauen, die sich um den Haushalt, die Kinder und um die Pflege der Angehörigen kümmern.

- Das deutsche Steuerrecht unterstützt dieses Bild und die Medien machen uns klar, es sei richtig so.

Doch wir haben die Möglichkeit dies zu ändern, wenn wir politisch mitmischen.

Wir Jusos kämpfen deshalb weiter für:

Zudem haben Frauen seit 1975 das Recht, ohne Zustimmung des Ehemanns zu arbeiten.

Seit 20 Jahren gibt es in der SPD eine Quotenregelung, die vorschreibt, dass jedes Geschlecht zu mindestens 40 Prozent in Funktionen und Mandaten vertreten sein muss.

- Gleichstellung in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst

- Gleichstellung in der Politik

- Gleichstellung in der Familie und Partnerschaft

- Gleichstellung in der Gesellschaft

Nadine Hermann



Asse II: JUSOS sehen sich in ihren langjährigen Forderungen bestätigt

Nachdem in der Presse nachweislich über radioaktive Salzlauge in der Schachtanlage ASSE II berichtet wurde, werfen wir JUSOS dem Betreiber vor, die Aufsichtsbehörden unzureichend informiert zu haben. Aufgrund der instabilen Lage des Salzbergwerkes – hervorgerufen durch den jahrzehntelangen Salzlaugeintritt in die Stollenanlagen – warnen unabhängige Kritiker seit Jahren vor den Flutungsplänen für ASSE II und insbesondere vor der Gefahr einer radioaktiven und toxischen Verseuchung des Grundwassers in unserer Region.

Am 4. September 2008 vereinbarten die zuständigen Bundesminister, einen Kabinettsbeschluss herbeizuführen, nach dem künftig das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) als Betreiber für den Betrieb und die Stilllegung von

Die Forderungen der JUSOS Braunschweig:

Alle Atommüllendlager in der Bundesrepublik Deutschland unter Atomrecht stellen!

Schließung des Forschungsendlagers Asse II unter Atomrecht, um eine schnelle Rückholung der Abfälle voran zu treiben

Aufstellung klarer und konkreter Kriterien für Atommüllendlager!

Eine transparente Atommüllendlagersuche in ganz Deutschland! Zwischenfälle in Morsleben, in der Asse und in Gorleben zeigen, dass die bisher genutzten Lager nicht sicher sind.

Lagerung von Atommüll in einer Form, die bei Zwischenfällen eine Rückholung auch zukünftig ermöglicht.

Asse II verantwortlich sein soll. Die Asse soll dann nicht mehr wie ein normales Bergwerk nach Bergrecht, sondern als ein Endlager nach dem strengeren Atomrecht betrieben werden. Das BfS wird voraussichtlich zum 1. Januar 2009 die Betreiberfunktion übernehmen.

Hierzu müssen die Voraussetzungen für einen zügigen Betreiberwechsel geklärt werden. Bis dahin bleibt der bisherige Betreiber – das Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit (GSF) – in der Verantwortung.

Wir JUSOS erwarten vom neuen Betreiber eine lückenlose Aufdeckung aller Fehler und Versäumnisse im bisherigen Betrieb der ASSE II, damit diese sich nicht wiederholen.

Nach den Plänen des alten Betreibers sollte das atomare Endlager ASSE II geflutet und unwiederbringlich verschlossen werden, obwohl bis heute noch keine Risikoanalyse für dieses Flutungskonzept erstellt wurde.



Hoffnungen setzten die JUSOS in den zukünftigen Betreiber von ASSE II, dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS). Dieser muss endlich eine Risikoanalyse für sämtliche in Frage kommenden Schließungskonzepte erstellen. Wir JUSOS wollen, dass der zukünftige Betreiber den Schwerpunkt auf eine Rückholung des Atommülls aus der ASSE setzt. Hierzu ist eine Risikoanalyse unter Atomrecht unumgänglich!. Weiter müsse der neue Betreiber auch klären, wie mit den bereits kontaminierten Salzlösungen aus der Asse umgegangen werden solle.

William Labitzke

FAUST!-Interview mit Heike Wiegel vom „Koordinationskreis ASSE II“

FAUST!: Nachdem jetzt nachweislich radioaktiv kontaminierte Salzlauge im Bergwerk ASSE II nachgewiesen wurden, wie bewertest Du die weiteren Entwicklungen in der ASSE?

Wiegel: Für mich ist eine vollständige Untersuchung einer Rückholung des Atommülls mit Risikoanalyse unter Atomrecht unumgänglich. Dies kann nur durch den neuen Betreiber geschehen: Das Bundesamt für Strahlenschutz arbeitet nach Atomgesetz und Atommüll soll 1 Million Jahre von der Außenwelt isoliert sein. Dies ist in der Asse durch den Salzlaugeintritt nicht mehr möglich. Durch diese Wegsamkeiten wird unsere Umwelt und auch das Grundwasser kontaminieren. Unklar ist nur wann und wie viel.

FAUST!: Welche Risiken birgt die ASSE überhaupt?

Wiegel: Schwer zu sagen – das weiß nicht

einmal der Betreiber. Generell waren bisher Informationen über das Thema sehr schwierig zu bekommen, selbst für mich als Politikerin. Anfangs ist der Atommüll noch sorgfältig im Salzbergwerk Asse II eingelagert worden. Später sind mittels Frontlader Atommüllfässer in Stollenanlagen abgekippt oder einfach in das Bergwerk eingeworfen worden. Und das Problem dabei ist: es weiß niemand – nicht einmal der Betreiber – was sich so alles in der Asse befindet. Und dies alles geschieht im Geiste der Wissenschaft.

FAUST!: Laut Betreiber ist dies bei einer trockenen und von der Außenwelt abgeschotteten Lagerstätte unproblematisch.

Wiegel: (...) Gibt es solch eine Lagerstätte? Bei Asse II haben wir zwei große Probleme. Die Bewegungen und den Laugenfluss von 12.000 Litern am Tag. Durch die Bewegungen entstehen Risse in der Südflanke des Schachtes Asse II, wodurch Salzlauge ungehindert in die Stollenanlagen eindringt. Asse II war auch vor der Einlagerung nicht trocken. Heute wird von Fachleuten gesagt, in Asse II hätte man nie Atommüll einlagern sollen.

Das Problem mit dem Laugenfluss ist seit 1988 bekannt. Dieser Laugenfluss kann das Kanalititsalz – das Fundament des Bergwerkes – auflösen. Dann würde der Schacht einstürzen und absaufen. Zur Zeit wird es in Auffangbecken gesammelt. Es gibt bisher noch keine sichere Lösung für Asse II.

FAUST!: Seit wann ist das Problem bekannt?

Wiegel: Von Anfang an. ASSE I war bereits abgeoffen. Dennoch ist das Bergwerk ASSE II 1967 zur Einlagerung von Atomfässern in Betrieb genommen worden, obwohl dem Betreiber bewusst war, dass die Anlagen nicht zur Einlagerung von Atommüll geeignet sind. Bereits seit 20 Jahren ist bekannt, dass in der Südflanke der Asse Salzlauge in die Stollenanlagen eindringt. Dies hätte zu schnellem Handeln führen müssen, denn der Weg der Lauge ist nach wie vor völlig unbekannt. Die trockene Lagerung der Atommüllfässer schein z.Zt. unmöglich.

FAUST!: Heike, wir danken für dieses Interview.

Das Interview führte William Labitzke.

90 Jahre Novemberrevolution

Ende September 1918 waren die kaiserlichen Truppen Deutschlands im Ersten Weltkrieg faktisch geschlagen. Der deutsche Kaiser und die Oberste Heeresleitung mussten eingestehen, den Krieg verloren zu haben. Im Zuge dessen verzichtete der Kaiser freiwillig auf seine Macht und Ende Oktober 1918 war Deutschland eine parlamentarische Monarchie. Eine Republik war es noch nicht.

Mit dem Matrosenaufstand in Kiel Anfang November 1918 begann die Revolution, deren Ziel ein sozialistisches Deutschland und deren Folge die Weimarer Republik war.

Im Land Braunschweig wird am 8. November der Herzog Ernst-August von 20.000 Menschen gezwungen abzudanken, woraufhin ein Arbeiter- und Soldatenrat in Braunschweig die Kontrolle übernimmt.

Am 9. November 1918 ist die Monarchie in Deutschland besiegt und die Republik wird doppelt ausgerufen, einmal als sozialistische und einmal als parlamenta-

rische. Im Februar 1919 tritt die erste frei und gleich gewählte Nationalversammlung zusammen. Deutschland ist eine parlamentarische Demokratie geworden.

Doch zwischen November 1918 und Februar 1919 tobt die Revolution. Auf der einen Seite ging es um die Verteidigung der Republik gegen die Monarchisten und auf der anderen Seite kämpfte die SPD-Führung mit den Freikorps gegen die Spartakisten, was in der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gipfelte.

Die im November gegründete Sozialistische Republik Braunschweig existierte noch bis April 1919, bis Freikorps Braunschweig besetzten und das Experiment von der Regierung in Berlin beendet wurde.

Nach dem Ende der Kämpfe entwickelte sich der bürgerliche, liberale Rechtsstaat. Zum ersten Mal galten für alle (Männer) gleiche Rechte; die Frauen hatten es zumindest geschafft, sich das Wahlrecht zu erkämpfen.

Die Weimarer Republik gilt noch heute



als historisches Vorbild für ein demokratisches Deutschland. Die Hoffnungen der RevolutionärInnen auf eine nachhaltige Verbesserung ihrer sozialen Situation und auf demokratische Beteiligung in allen Bereichen der Gesellschaft wurden jedoch nicht vollständig erfüllt.

Dennoch: Es lebe die soziale Republik!

Björn Brennecke

Gute Arbeit heißt für uns: Leiharbeit eindämmen

Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter werden heute zu Tage nicht nur eingesetzt, um im Verleihunternehmen zu Produktionsspitzen das Mehr an Arbeit bzw. Krankheits- und Urlaubsausfälle abzufangen. Nein, Unternehmen setzen LeiharbeiterInnen ein, um die Stammbesetzung auszuspielen und dadurch immer mehr regulär Beschäftigte zu ersetzen – Tendenz steigend. Nicht mit uns: Deshalb fordern wir JUSOS: „Equal Pay“ und „Equal Treatment“ für alle ArbeitnehmerInnen!

Was ist Leiharbeit?

Die Leiharbeit gilt bei BetriebswirtschaftlerInnen als moderne Form des „Body-Leasing“. Der Mensch ist bei einem Verleihunternehmen eingestellt, das seine Arbeitskraft einer anderen Firma zur Verfügung stellt.

Der Mensch wird damit zur Ware, die jederzeit austauschbar ist und überall eingesetzt werden kann.

Für die Gewerkschaften und uns JUSOS ist die Leiharbeit der Inbegriff prekärer Beschäftigung.

Dennoch sind die Probleme immens: Neben schlechteren Arbeitsbedingungen belastet die LeiharbeiterInnen auch die schlechte Bezahlung. Bei Protest gegen die unzumutbaren Arbeitsbedingungen droht die sofortige Versetzung oder Entlassung. So wird der Leiharbeiter an der kurzen Leine gehalten und ist gezwungen, seine Arbeitsbedingungen zu akzeptieren.

Für die Stammbesetzung gelten LeiharbeiterInnen als Job-Klauer und so finden diese auch keine Akzeptanz in den Betrieben. Beschäftigte in der Leiharbeit werden zu Menschen zweiter Klasse. Sie haben nur eine geringe Chance, im Betrieb soziale Kontakte aufzubauen.

Das ist für uns JUSOS untragbar! Deshalb fordern wir:

Equal Pay!

Laut einer Studie der Hans Böckler Stiftung bekommen Beschäftigte in der Leiharbeit im Schnitt 1/3 weniger Lohn als regulär Beschäftigte. Deshalb spielen Unternehmen nicht selten LeiharbeiterInnen gegen regulär Beschäftigte aus, indem sie Leiharbeit als

ein Instrument für Lohndumping nutzen. Erschreckend ist auch, dass immer mehr Unternehmen eigene Zeitarbeitsfirmen als Tochterunternehmen gründen. In diesen Zeitarbeitsfirmen werden vormals entlassene Mitarbeiter für weniger Gehalt wieder an ihrem alten Arbeitsplatz eingesetzt.

Deshalb fordern wir für Leiharbeiter die gleiche Entlohnung ab dem ersten Tag! Equal Treatment!

Da die LeiharbeiterInnen per Gesetz nicht zur Belegschaft des Unternehmens gehören, bei dem sie eingesetzt sind, ist es ihnen unmöglich, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Somit gibt es für LeiharbeiterInnen keine Möglichkeit, für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen und sich gegen Kündigung zu schützen.

Deshalb fordern wir für Leiharbeiter gleiche Arbeitsbedingungen ab dem ersten Tag!

In nicht seltenen Einzelfällen beträgt der Anteil von LeiharbeiterInnen in einem Unternehmen 40%. Dies darf es nicht geben. Die Zeitarbeit darf nicht als Instrument für einen systematischen Lohndumping und nicht als Instrument zur Ausbeutung der Mitbestimmung und des Kündigungsschutzes ausgenutzt werden! Hierzu bedarf es einer gesetzlichen Neuregelung.

Marcel Fischer

Jusos Braunschweig unterstützen Bayern-Wahlkampf

Am Wochenende vom 19. bis 21. September 2008 machte sich eine Delegation der JUSOS aus Braunschweig nach Nürnberg auf, um die dortigen JUSOS beim Bayern-Wahlkampf 2008 zu unterstützen.

Kaum angekommen in Nürnberg stärkten sich die Braunschweiger JUSOS mit deftigen Fränkischen Spezialitäten für einen JUSO-Nachtfest am Nürnberger Hauptbahnhof. Ziel der Aktion war es, mit unzähligen jungen Menschen - aus dem Nürnberger Umland kommend oder auf den Nach-Hause-Bus wartend - ins Gespräch zu kommen und sie für eine Stimme für die Bayern-SPD zu überzeugen.

Dabei wurden nicht nur Informationen ausgetauscht sondern für viele Interessierte die Wartezeit mit einem kühlen Getränk verkürzt.

Am Sonnabend machten sich die JUSOS dann zum Sommerfest der SPD in Ansbach auf. Als hochkarätige Gäste wurden Franz Maget, Spitzenkandidat der Bayern-SPD, und Franz Müntefering, designierter SPD-Chef, erwartet. Gespannt warteten über 600 Besucher auf die Hauptredner und sie wurden nicht enttäuscht. Franz Maget



SPD-Sommerfest in Ansbach

machte unmissverständlich klar, dass es Zeit für einen Wechsel in Bayern sei: eine verfehlte Bildungspolitik mit einem schülerunfreundlichen Turbo-Abitur, das Desaster um die Bayern-LB, das Tranrapid-Finanzierungsloch und schließlich das Theater um die Stoiber-Nachfolge - dafür müsse die CSU gerade stehen. Am Abend fand die Aktion „Bayern wird Rot!“ statt. Nach einer Kneipentour sorgen die JUSOS für ein imposantes Farbenspiel in der Nürnberger Innenstadt: unzählige rote Knicklichter wurden verteilt und ließen die Stadt rot aufleuchten!

Bundeskongress 2008: Weimar, wir kommen!

Unter dem diesjährigen Motto „Die Alternative: Soziale Gerechtigkeit!“ machte sich eine Braunschweiger Delegation zum diesjährigen Bundeskongress nach Weimar auf. Gemeinsam mit über 300 Delegierten und Gästen wurden vom 10. bis 12. Oktober die politischen Weichen der JUSOS für die nächsten zwei Jahre gestellt.

Im Mittelpunkt des Bundeskongresses 2008 der JUSOS stand das Thesenpapier „Für eine Linke der Zukunft“. Es stellt eine grundsätzliche Standortbestimmung der JUSOS für eine linke Politik der kommenden Jahre dar. Die „63 Thesen“ der JUSOS sind eine Vision linker Politik über das politische Alltagsgeschäft hinaus: Links sein bedeutet für uns, an einer grundsätzlichen Gesellschaftskritik festzuhalten und die Vision einer anderen Gesellschaft nicht aufzugeben. In der Debatte um die Thesen wurde vor allem eins klar: Gerade die aktuelle Krise der Finanzmärkte bestätigt das Festhalten der Jusos an der Kapitalismuskritik!

Mit Bundesumweltminister Sigmar Gabriel diskutierten die JUSOS über den gemeinsamen Kampf gegen die Atomenergie sowie die Frage, wie wir unsere Energieversorgung nachhaltig sicherstellen wollen. Einig waren sich alle JUSOS, dass die Energieprobleme dringend gelöst werden müssen, um weltweite Konflikte zu vermeiden. Aber auch die soziale Frage in der Energiepolitik wurde gestellt: Angesichts steigender Energiepreise sprach sich der Bundeskongress auch für die Vergesellschaftung elementarer Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge – wie dem Energiesektor – aus, um allen Menschen uneingeschränkter Zugang zu Energie zu gewährleisten.

Es war ein lebhaftes Wochenende voller konstruktiver Diskussion, an dem eines deutlich wurde: Die Zeit für linke und nachhaltige Politik ist da! Wir haben den Kampf aufgenommen und wollen unsere Zukunft mitgestalten.

Der Kampf hat begonnen. Die Alternative ist klar: Soziale Gerechtigkeit.

Impressum



Herausgeber:

Juso-Bezirk Braunschweig
www.jusos-braunschweig.de
Schloßstraße 8
38100 Braunschweig
Kontakt: 0531-48098-0

V.i.S.d.P.:

William Labitzke, Björn Brennecke
Redaktion: William Labitzke, Stefan Hillger, Nadine Hermann
Fotos: William Labitzke, Jusos

Druck: Lebenshilfe Braunschweig
Auflage: 5.000 Exemplare

Jusos in deiner Stadt:

Jusos Stadt Braunschweig
www.jusos-bs.de
Kontakt: 0531-4809821
Treffen: jeden Mittwoch um 19 Uhr
Ort: Schloßstraße. 8 im Magniviertel

Jusos Gifhorn
Kontakt: 05371-3655

Jusos Goslar
www.juso-ub-goslar.de
www.jusos-badharzburg.de
Kontakt: 05321-709516

Jusos Helmstedt
Kontakt: 05351-599827

Jusos Osterode
www.jusos-osterode.de
Kontakt: 05522-315713

Jusos Peine
Kontakt: 05171-5068310

Jusos Salzgitter
Kontakt: 05341-43082

Jusos Wolfenbüttel
www.jusos-wf.de
www.jusos-schoepfenstedt.de
Kontakt: 05331-46097

Jusos Wolfsburg
www.jusos.spd-wolfsburg.de
Kontakt: 05361-15175



Jusos fordern Jugendherberge im ehemaligen FBZ

Seit der Schließung des Jugendgästehauses an der Salzdahlumer Straße im Jahr 2003 ist die Notwendigkeit einer Jugendherberge für die Stadt Braunschweig, mit ihren 240.000 Einwohnern, unbestritten. Strittig ist allerdings der Standort für die neue Jugendherberge: Die JUSOS favorisieren das Gelände des ehemaligen Freizeit- und Bildungszentrums (FBZ).

Gerade in Braunschweig, als Stadt der Wissenschaft mit Sitz einer Technischen Universität sowie vielen Forschungseinrichtungen und -instituten, fehle ein gutes und günstiges Tagungszentrum mit Übernachtungsmöglichkeit für Seminar- und Schülergruppen. Deshalb dängten die JUSOS schon seit Jahren auf die Errichtung einer Jugendherberge in Braunschweig und würden dies auch in Zukunft weiter tun. „Natürlich favorisieren wir den Standort am ehemaligen FBZ. Und natürlich muss neben der Jugendherberge ein Tagungs- und Begegnungszentrum errichtet werden“, fordert der Braunschweiger JUSO-Vorsitzende William Labitzke.

Weiterhin blockieren CDU und FDP eine schnelle Entscheidung. Bereits 2006 habe man sich mit der SPD geeinigt, im FBZ eine Jugendherberge zu bauen, wenn sich bis Mitte 2007 kein angemessener Investor für die von Oberbürgermeister Dr. Hoffmann favorisierten Luxushotel-Pläne finden

ließe. Kein Investor ist in der Lage, ein ausreichendes Angebot zum Kauf des Grundstücks an der Nimesstraße zu machen. Die Verhandlungen über ein exklusives Hotel der Spitzenklasse steckten damit seit über einem Jahr in einer tiefen Sackgasse.

Dabei ist allen Beteiligten klar, dass das citynahe Gelände des ehemaligen Freizeit- und Bildungszentrums bestens für eine Jugendherberge



Jusos sammeln Unterschriften für die Jugendherberge

geeignet wäre. Das Deutsche Jugendherbergswerk DJH favorisiere den Standort und stünde als Investor sofort bereit - es fehle nur das Startzeichen der Stadt Braunschweig.

Die Braunschweiger JUSOS kritisieren deshalb scharf die Unentschlossenheit der CDU-FDP-Gruppe, die sich nicht an die Vereinbarungen gehalten hat und bei der Standortfrage zaudert. „Bei einer schnellen Entscheidung könnte das DJH bereits im übernächsten Jahr erste Gruppen und Schulklassen in Braunschweig begrüßen. Es liegt jetzt nur an CDU und FDP und Herrn Hoffmann“, so Labitzke. Deshalb werden die JUSOS weiterhin Unterschriften für den Bau der Jugendherberge auf dem Gelände des FBZ im Bürgerpark sammeln, um den Druck zu erhöhen.

William Labitzke

Bahnprivatisierung: „Ist die Bahn schon weg?“

Eine nachhaltige Verkehrspolitik braucht eine Bahn in öffentlichem Besitz, die einen preisgünstigen, attraktiven, flächendeckenden und sicheren Schienenverkehr anbietet. Eine Privatisierung der Bahn wird dies gefährden. Deshalb sagen wir:

Nein zur Privatisierung der Bahn!

Eine privatisierte Bahn wird ihre Geschäftspolitik zukünftig noch stärker auf eine hohe Rendite ausrichten. Die Folge sind: weitere Streckenstilllegungen, immer stärker steigende Preise, sinkendes Sicherheitsniveau, verschlechterte Arbeitsbedingungen und Personalabbau – das alles widerspreche dem Bemühen, mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern.

Die Bahn setzt jetzt schon auf Renditeziele statt auf eine nachhaltige Verkehrspolitik. Eine Weltweite Expansion ist dem Unternehmen wichtiger, als die Sicherung der Daseinsvorsorge. Bereits jetzt schafft es der Bund nicht, der Deutschen Bahn AG Unternehmensziele vorzuschreiben und dem Bahn-Chef Mehdorn bei eigenmächtigem Handeln zurückzudrängen. Sobald nur eine Aktie in Privatbesitz wäre, verlöre der Bund jegliche Handlungsgewalt über die Bahn AG. Wenn zukünftig nur noch die Renditeinteressen privater Investoren Einfluss auf die Unternehmenspolitik nähmen, bleibe das Ziel eines flächendeckenden und attraktiven Schienenverkehrs endgültig auf der Strecke.

Mit der Privatisierung werde ein großes, weitgehend aus Steuergeldern aufgebautes staatliches Vermögen weit unter Wert an private Kapitaleigner verschleudert. Und wie fast immer bei Privatisierungen staatlicher Unternehmen sollen die gewinnbringenden Unternehmensanteile privatisiert, die verlustreichen Teile und Schulden aber weiterhin in staatlichem Eigentum verbleiben.

JUSOS Braunschweig demonstrieren für Grundrechte

Unter dem Motto „Freiheit statt Angst – Gegen den Überwachungswahn“ demonstrierten über 500 Bürgerinnen und Bürger für mehr Grundrechte. Die Jusos Braunschweig forderten gemeinsam mit allen Teilnehmer einen wirkungsvolleren Datenschutz in Staat und Wirtschaft sowie einen verbesserten Grundrechtsschutz.

Über 500 BürgerInnen zogen am 27. September mit Ohrmarken und Barcodes durch die Braunschweiger Innenstadt. Sie protestierten mit dieser Aktion gegen die neue Identifikationsnummer, die derzeit jedem Bürger in Deutschland zugeteilt wird und per Post zugesandt werden soll. Für die Demonstranten handele es sich bei dieser Identifikationsnummer um eine Personenkennziffer, die anhand zahlreicher Urteile des Bun-



desverfassungsgerichts zweifellos als verfassungswidrig einzustufen ist.

„Die Freiheit des Einzelnen endet, wo sie die Freiheit des Anderen verletzt!“ - so steht es auch im Grundsatzprogramm der SPD. Deshalb dürfen nach Meinung der JUSOS Sicherheit und Freiheit in der aktuellen Situation nicht gegeneinander ausgespielt werden. Der vermeintliche Kampf gegen den Terror dürfe nicht dazu führen, dass Grund- und Freiheitsrechte beschnitten werden!

William Labitzke

Jusos auf dem Magnifest 2008:

Am ersten Septemberwochenende fand in Braunschweig das traditionsreiche Magnifest statt. Als einzige politische Jugendorganisation hatten die Jusos einen Getränke- und Informationsstand in der Schloßstrasse aufgebaut, um in gemüthlicher Atmosphäre mit den zahlreichen Besuchern ins Gespräch zu kommen.



Unter zwei Pavillons hatten die engagierten Ehrenamtlichen eine Getränkebar und eine bequeme Sitzecke errichtet. Dort verkauften die Jungsozialisten neben diversen Softdrinks, Cidre und „rotem“ Prosecco auch das Kultgetränk Astra-Pils zu solidarisierenden Preisen. Als zusätzliche Attraktion verteilten wir außer umfangreichen Informationsmaterialien am Sonntag, besonders zur Freude der jüngsten Besucher, rote heliumbefüllte SPD-Luftballons.

24-Stunden-Aktion: Jusos einen Tag lang auf dem Kohlmarkt

Mit einer außergewöhnlichen Aktion präsentierten sich die Jusos vom 8. auf den 9. August in der Braunschweiger Innenstadt. 24 Stunden lang boten sie nicht nur Luftballons und Kugelschreiber, sondern auch die Möglichkeit zu Diskussionen und Unterhaltungen.

Die Jungsozialisten haben sich das Ziel gesetzt, auch außerhalb des Wahlkampfes präsent zu sein, mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen und zu informieren. Inhaltlich standen dabei die Themen „Jugendherberge in Braunschweig“, „Gute Arbeit“ und „Atommüllproblematik in Niedersachsen“ im Vordergrund. Büchsenwerfen und rote Luftballons trugen als Rahmenprogramm zur guten Stimmung am Stand bei.



Jusos mit Dr. Carola Reimann MdB bei der 24 Stunden Aktion

Wir mischen mit!

In Braunschweig, Niedersachsen und im Bund sagen wir:

„Gerecht weiter denken“

Die inhaltliche Positionierung steht dabei im Vordergrund. Wir diskutieren, bilden uns weiter, erwerben so Kompetenzen und beteiligen uns am politischen und sozialen Leben in UNSERER Stadt.

Und haben dabei sehr viel Spaß!

Überzeug Dich selbst und komm zu einem unserer regelmäßigen Treffen: Die Jusos Braunschweig treffen sich jeden Mittwoch um 19 Uhr im Volksfreundhaus (Schloßstraße 8 im schönen Magniviertel). Noch Fragen? Meldet Euch bei William Labitzke (info@jusos-bs.de) und oder informiert Euch ganz leicht unter:

www.jusos-bs.de



IMPRESSUM

Herausgeber:
Jusos Stadt Braunschweig
www.jusos.bs.de
Schloßstraße 8
38100 Braunschweig
Kontakt: 0531-4809821
V.i.S.d.P.:
William Labitzke, Nadine Hermann
Druck: Lebenshilfe Braunschweig
Auflage: 3.000 Exemplare